

Hans G. Nutzinger

## WELCHE ARBEIT BRAUCHEN WIR UND WIEVIEL?

Referat bei der Tagung "Die Zukunft der Arbeit", veranstaltet vom Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages in der Evangelischen Akademie Mülheim/Ruhr, 16. bis 18.11.1984

---

Ich habe die Frage gestellt bekommen: Welche Arbeit brauchen wir und wieviel? Wenn diese Frage rein normativ gemeint sein sollte, so bin ich mit meinem Referat gleich am Ende, denn dann lautet meine Antwort: Wir brauchen menschengerechte Arbeit für alle. Aber ich nehme an, daß die Veranstalter dieser Tagung nicht im Sinn hatten, als sie mich baten, etwas zu diesem Thema zu sagen.

Ich denke, Ausgangspunkt unserer Überlegungen sollte sein, daß die Verstetigung und das Anwachsen der Arbeitslosigkeit seit zehn Jahren diese zu einem gesamtgesellschaftlichen Problem gemacht hat, das nicht mehr nur bestimmte "Problemgruppen" betrifft. Es geht nicht mehr nur um weibliche, ausländische, jugendliche, ältere, behinderte, un- und angelernte Arbeitskräfte. Denken Sie bitte daran, daß der Anteil qualifizierter Arbeitskräfte an den Arbeitslosen bereits auf über 40 Prozent gestiegen ist. Zehn Jahre Arbeitslosigkeit bedeutet auch steigende soziale Probleme, da ein zunehmender Anteil Beschäftigungsloser aus den Leistungen der Arbeitslosenversicherung "hinauswächst" und auf Arbeitslosen- oder Sozialhilfe angewiesen ist; und das bedeutet einerseits steigende finanzielle Belastungen der Allgemeinheit und andererseits erhebliche soziale und psychische Belastungen für die Betroffenen. Dauer und Umfang der Arbeitslosigkeit - die Quote beträgt immerhin nahezu 10 Prozent - erfordern ein Ausschöpfen der - sicherlich begrenzten - gesellschaftlichen und staatlichen Handlungsmöglichkeiten. Staat, Unternehmen, Gewerkschaften und Haushalte sind gleichermaßen aufgerufen, einen Beitrag zu leisten.

Herr Krupp hat soeben zu Recht darauf hingewiesen, daß der Staat nicht alles tun kann; aber er sollte tun, was er tun kann. Auch wenn staatliches Handeln in der gegenwärtigen Situation nur ein Beitrag zur Lösung des Beschäftigungsproblems sein kann, ist der

Hinweis auf die Grenzen staatlicher Politik kein Grund für Inaktivität. In der gegenwärtigen Situation muß der Staat gerade seine beschränkten Handlungsmöglichkeiten voll ausschöpfen. Es ist sicherlich richtig, daß die gegenwärtige Beschäftigungslosigkeit nur zum kleineren Teil konjunkturell bedingt ist, aber das bedeutet ja noch lange nicht, daß nicht auch Beschäftigungsprogramme ihren Sinn haben können, insbesondere dann, wenn man - wie ich später zeigen werde - die gegenwärtige Wachstums- und Beschäftigungskrise auch als Kehrseite einer Umweltkrise begreift, die hervorgerufen wurde durch den verschwenderischen Umgang mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen. Unter dieser Perspektive gibt es nicht nur traditionell "keynesianische", sondern auch "ökologische" Gründe für staatliche Beschäftigungsprogramme. Grenzen staatlicher Arbeitsmarktpolitik sind natürlich deutlich, man denke beispielsweise an die Finanzierbarkeit oder an mögliche Verdrängungseffekte der Privatwirtschaft - dazu wird wahrscheinlich Herr Fels noch etwas sagen. Das bedeutet aber nicht, daß staatliche Beschäftigungsprogramme ineffektiv wären: Als Beispiel möchte ich die zunehmende Bedeutung des zweiten Arbeitsmarktes als zumindest temporäre "Krücke" für zehntausende von Arbeitnehmern nennen, die ohne diese Möglichkeit arbeitslos wären. ] Angesichts der Bescheidenheit früherer staatlicher Beschäftigungsprogramme in den 70er Jahren scheint es mir auch nicht richtig zu sein, die heutige Staatsverschuldung oder den geringen arbeitsmarktpolitischen Effekt dieser Maßnahmen als Beleg für die Schädlichkeit solcher Programme anzuführen. Insgesamt, so meine ich, gibt es wohl keine überzeugende Evaluation bisheriger arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen: Unbestreitbar ist, daß gegenwärtig über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bis zu 100.000 Beschäftigte wenigstens temporär in Lohn und Brot gehalten werden können. Das ist zwar nur eine Übergangslösung, die jedoch nicht zuletzt auch unter Nachfragegesichtspunkten einen Beitrag zur Stabilisierung der Gesamtnachfrage leisten kann. Ein weiterer wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang, der mir etwas verwunderlich erscheint, ist der, daß der Staat gerade angesichts des Umfangs der Arbeitslosigkeit und des oftmals beklagten Auseinanderklaffens im Profil von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage die Förderungsmaßnahmen zur Umschulung und Weiterbildung in dem Moment kürzt, wo es aufgrund von über zwei Millionen Arbeitslosen einen enormen Handlungsbedarf gibt: Meiner Meinung nach ist gerade jetzt der Augen-

blick gekommen, wo der Staat hilfreich eingreifen könnte und auch müßte.

In der neoliberalen Diskussion wird die Arbeitslosigkeit im wesentlichen auf unser Arbeitsmarktsystem - insbesondere das Tarifvertragssystem - zurückgeführt. Dieses System wird häufig als ein bilaterales Monopol zwischen zwei kartellähnlichen Organisationen - der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerseite - gesehen, die durch arbeits- und tarifvertragsrechtliche Bestimmungen ein faktisches Monopol zur Lohnfestsetzung hätten und damit Lohnsenkungen, günstigere Lohnentwicklungen, Arbeitsplatzbeschaffung durch Lohnverzicht behindern könnten. In diesem bilateralen Monopol - so die Kernhypothese der neoliberalen Erklärung gegenwärtiger Arbeitslosigkeit - würden zu hohe Tarif- und damit Effektivlöhne vereinbart und durchgesetzt, mit der Konsequenz, daß Arbeit durch Kapital ersetzt werde. Wenn auch die Höhe der Lohnkosten als ein Faktor für den Einsatz menschlicher Arbeitskraft durchaus nicht bestritten werden soll, so geht diese Erklärung doch an wichtigen Besonderheiten des Arbeitsmarktes vorbei, und zwar zunächst an der Grundtatsache, daß Arbeit keine Ware ist wie jede andere.

In der gegenwärtigen Diskussion über Arbeitsmarktfragen gibt es, wenn wir es vereinfachen, zwei Paradigmata: das Warenparadigma und das Kuchenparadigma. Das Warenparadigma sagt vereinfacht: Arbeit ist eine Ware wie jede andere; wird sie zu wenig nachgefragt, so liegt das daran, daß sie entweder zu schlecht oder zu teuer oder beides ist. Das Kuchenparadigma dagegen betrachtet Arbeit als einen Kuchen, der neu verteilt werden muß (in kleinere Scheiben geschnitten werden muß), wenn aufgrund der Größe des Kuchens und der Zahl der Arbeitssuchenden dies nötig werden sollte. Beide Betrachtungsweisen sind nicht völlig falsch, aber sie sind deshalb gefährlich, weil sie Halbwahrheiten darstellen. Auf der Basis dieser Halbwahrheiten argumentierend, kommt man zu einem Ergebnis, das man sonst nur aus der Theologie kennt: Solche Halbwahrheiten verabsolutiert sind ganze Lügen.

Was sind aber nun die Besonderheiten des Arbeitsmarktes? Die Ware Arbeitskraft, die auf dem Arbeitsmarkt gehandelt wird, ist ja nicht gleichzustellen mit der konkreten Arbeitsleistung. Diese wird, wie

Sie wissen, in Unternehmen im Rahmen einer arbeitsrechtlich und arbeitsvertraglich abgesicherten Hierarchiebeziehung in konkrete Leistung umgesetzt. Die konkrete Nutzung des auf dem Arbeitsmarkt gehandelten Leistungspotentials findet also im Rahmen einer Unterordnungsbeziehung in Unternehmen und anderen Organisationen statt, und hier wirken marktmäßige Faktoren, wie Lohn, und nichtmarktmäßige Faktoren in untrennbarer Weise zusammen; Einflußfaktoren sind z.B. Arbeitsmarktlage, rechtliche Normierung der Arbeitsbedingungen durch Arbeitsrecht, Tarifrecht, Mitbestimmung und Betriebsverfassung, weiterhin Methoden und Formen innerbetrieblicher Organisation sowie funktionale Leistungserfordernisse. Das heißt: Wenn wir den Einsatz menschlicher Arbeitskraft als ausschließlich über den Lohn gesteuert betrachten, so sehen wir nur die Hälfte der Medaille, nämlich die marktmäßige Seite.

Daraus kann man nach meiner Meinung eine weitere Folgerung ziehen: Gewerkschaften sind nicht beliebige Arbeitsmarktkartelle, sondern müssen als historisch gewachsene und notwendige Reaktion auf die mit dem Industrialisierungsprozeß verbundenen Ungleichheiten in der Produktion angesehen werden. Angesichts der strukturellen Ungleichheit von Arbeitnehmer und Arbeitgeber - letzterer hat ja das von mir erwähnte Weisungsrecht bei der Umsetzung des Leistungspotentials in konkrete Leistung - haben die Gewerkschaften eine historisch und, wie ich meine, bis heute notwendige Schutzfunktion für die durch Arbeitsvertrag in faktische und rechtliche Abhängigkeiten gestellten Arbeitnehmer. Mit anderen Worten: Lohnarbeit ist ein Existenzgrund von Gewerkschaften. Diese sind, was man auch immer von ihrer Politik halten mag, eben nicht beliebige "Verschwörungen böswilliger Kaufleute zum Nachteil des Publikums", um es mit den Worten von Adam Smith auszudrücken, die dieser auf andere Kartelle angewendet hat.

Mit diesen Besonderheiten hängt zusammen, daß die Steuerung des Arbeitsmarktes nicht allein durch Preissignale erfolgt, d.h. durch Effektiv- und Tariflöhne. Der Lohn ist nur einer der Faktoren, die über den Einsatz menschlicher Arbeitskraft ent-

scheiden. Andere, für den Arbeitsplatzanbieter wichtige Eigenschaften des Arbeitnehmers - wie etwa fachliche Kenntnisse, vermutete Loyalität, Einpassung in und Identifizierung mit dem Unternehmen oder die Bereitschaft, Arbeiten, die über den Arbeitsvertrag hinausgehen, zu übernehmen - können kaum über den Arbeitsmarkt gemessen werden; sie offenbaren sich erst während der Zusammenarbeit im Betrieb. Das hat dazu geführt, daß ein Großteil der Rekrutierung von Arbeitskräften nicht mehr über den offenen Arbeitsmarkt erfolgt, sondern - vor allem in Großunternehmen - innerorganisatorisch über "job ladders", wie die Amerikaner sagen, also über Aufstiegskarrieren. Nun werden Sie wahrscheinlich einwenden: Irgendwo am Ende der Leiter wird ja vielleicht doch ein Platz übrigbleiben für diejenigen, die von draußen kommen. Das kann natürlich sein, aber es ist ebenso möglich, daß der letzte Arbeitsplatz, die unterste Stufe dieser Leiter, gerade wegrationalisiert wurde.

Der Gesamtarbeitsmarkt ist in mehrfacher Hinsicht in weitgehend unabhängige Teilmärkte "segmentiert" (aufgespalten), in denen unterschiedliche Rekrutierungsmuster zum Zuge kommen: Die Einstellung von Arbeitnehmern richtet sich - ich betone es noch einmal - zu einem erheblichen Teil an Faktoren aus, die nicht in unmittelbarem Bezug zu Lohnangeboten und Lohnforderungen stehen. Der Übergang des Arbeitnehmers von einem Segment in das andere, insbesondere in den stabilen Kernbereich, in dem gute Beschäftigungschancen bestehen, wird mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit schwieriger; der Abstieg allerdings wird leichter.

Aus dieser Struktur des Arbeitsmarktes ergeben sich enge Grenzen für den gegenwärtig propagierten Abbau von "Einstellungshemmnissen", wie sie etwa im gegenwärtig diskutierten Beschäftigungsförderungsgesetz angestrebt werden. Hierzu nur Stichworte: Ausdehnung befristeter Arbeitsverträge bis zu 12 Monaten bei Arbeitslosen und Auszubildenden, Ausdehnung dieser Frist bei Betriebsneugründungen bis zu 24 Monaten; Ausweitung der Leiharbeit auf 6 statt bisher 3 Monate Überlassungsdauer; Abbau des Kündigungsschutzes, z.B. durch Neuberechnung der Beschäftigtenzahlen, und - nun kommt ein wichtiger Punkt - Ausweitung der Teilzeitarbeit, z.B. KAPOVAZ oder

Job-Sharing, ohne rechtliche Grundsicherung bei einem Arbeitsdeputat zwischen einer und 50 Stunden. Ich stimme völlig mit Herrn Krupp überein, daß Teilzeitarbeit ein Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit sein kann, aber diese Flexibilität geht gegenwärtig einseitig zu Lasten der Beschäftigten: Wenn in unserer Wirtschaftsgesellschaft Gewinn eine Rechtfertigung hat, dann liegt er im Risiko; die Abwälzung des Risikos auf den Arbeitnehmer entzieht in meinen Augen dem Gewinn eine wesentliche Berechtigungsgrundlage.

Diese Maßnahmen - so gut sie gemeint sein mögen - bergen meiner Auffassung nach die große Gefahr, daß sie weniger zur Ausweitung der Beschäftigung führen werden, sondern eher zu einem Abbau von Arbeitnehmerschutzrechten, daß es zu "Mitnehmereffekten" kommt, insbesondere dadurch, daß die Belegschaft aufgespalten wird in eine bewußt knapp gehaltene, arbeitsrechtlich noch gesicherte Kernbelegschaft und in eine relativ beliebig einstellbare und kündbare Randbelegschaft. Ohne daß es verlässliche Schätzungen hierüber gibt, ist die Gefahr einer Intensivierung der Arbeit (zu Lasten der Gesundheit der Arbeitnehmer) bei geringem oder gar negativem Beschäftigungseffekt unabweisbar. Ich glaube also, daß sich weniger der Umfang als die Struktur der Beschäftigung ändern wird. Es wird - so befürchte ich und mit mir viele andere - zu einer Verschlechterung von Arbeitsschutzrechten kommen, ohne daß dem ein wesentlicher Ertrag für die Arbeitnehmer gegenübersteht. Was können wir in dieser Situation tun? Ich stimme mit Herrn Krupp überein: Eine isolierte Erfolgsstrategie gibt es nicht. Im folgenden möchte ich einige Elemente aufzeigen, die aus meiner Sicht - die sehr stark von Umweltökonomie geprägt ist - besonders wichtig sind:

1. In dem ersten Punkt werde ich wahrscheinlich mit Herrn Fels übereinstimmen: Partizipative Entlohnungs- und Entscheidungsformen - wie sie etwa die Arbeitsgemeinschaft für Partnerschaft in der Wirtschaft (AGP) anstrebt - sollten ausgeweitet und gefördert werden, um damit eine bessere Mitarbeitermotivation und eine höhere Lohnflexibilität im Konjunkturzyklus zu erreichen. Allerdings muß dabei ein Bestand an arbeitsrechtlicher und tarifvertraglicher Grundsicherung gewährleistet sein; es darf keine beliebige Flexibilität der Löhne nach unten geben, aber doch eine begrenzte. Wichtig scheinen mir solche Modelle zu sein,

die auf der Basis von Investivlöhnen das Problem der Kapitalbeschaffung für Firmenneugründungen partiell lösen und damit Arbeitsplätze bereitstellen können.

2. Der zweite Punkt befaßt sich mit Arbeitszeitverkürzungen, über die ja auch Herr Krupp schon gesprochen hat. Vor einiger Zeit hat Peter Glotz das, wie ich meine, böse Wort von der "Zweidrittel-Gesellschaft" benutzt, einer Gesellschaft, in der zwei Drittel der Erwerbstätigen mit ihren Steuern und Sozialabgaben die (erzwungene) Nichtarbeit eines weiteren Drittels finanzieren. Ich weiß nicht, ob eine solche Strategie langfristig durchzuhalten ist, eines scheint mir jedoch sicher: Sie ist nicht nur sozial skandalös, sondern - wie ich versucht habe zu zeigen - ökonomisch unsinnig. Wir sollten die Menschen nicht dafür bezahlen, daß sie gezwungenermaßen nichts tun, sondern dafür, daß sie sinnvolle Tätigkeiten ausführen.

Gerade auch im Hinblick auf die ökologische Problematik erscheinen mir alle Formen kostenneutraler Arbeitszeitverkürzung in der gegenwärtigen Situation ein sinnvoller Beitrag zu sein, das betrifft sowohl die Lebensarbeitszeit, die Wochenarbeitszeit als auch die Teilzeitarbeitszeit, aber auch solche Dinge wie "freiwillige Deputatskürzungen im öffentlichen Bereich", wie sie etwa Peter Grottian vorgeschlagen hat. Wie sich die Betroffenen und insbesondere ihre Organisationen dazu stellen, können wir gerne noch in der Diskussion behandeln. Alle diese Formen kostenneutraler Arbeitszeitverkürzung erscheinen mir sinnvoll, um angesichts geringerer Wachstumsraten Beschäftigung zu schaffen, ohne daß es zu einem Ersatz von Arbeit durch Kapital kommt. Allerdings möchte ich auf eine gewisse Asymmetrie in der Diskussion hinweisen, die auch schon Scharpf und Schetkat erwähnt haben: Wenn es uns ganz selbstverständlich erscheint, daß der Staat Vorruhestandsregelungen subventioniert, warum sollte er dann nicht auch die Verkürzung der Wochenarbeitszeit subventionieren und damit gleichzeitig den Einigungsspielraum der Tarifpartner erhöhen?

In meinen nun folgenden Ausführungen wird doch eine deutliche Diskrepanz zu meinen Korreferenten deutlich: Ich glaube, eine forcier-

te Wachstumspolitik, wie sie gegenwärtig zur Wiedereingliederung der Arbeitslosen propagiert wird, ist nicht nur wenig realistisch - auch wenn die Zahlen nicht so hoch sein müssen wie 6 % -, sondern ich halte eine derartige Politik auch für ökologisch gefährlich, weil sie das fortsetzen würde, was einen Teil der gegenwärtigen Wachstums- und Beschäftigungskrise ausmacht: nämlich die weitgehende Ausbeutung und Zerstörung der natürlichen Umwelt und der natürlichen Lebensgrundlagen, die sich heute ja in dramatischen, Ihnen bekannten Formen darstellt - Waldsterben, Umkippen der Gewässer usw.; in Formen, die sich häufig gar nicht mehr oder nur noch mit finanziell unvertretbarem Aufwand kompensieren lassen. Natürlich ist auch hier eine Möglichkeit für zusätzliche Beschäftigung zu sehen: Es gibt gewiß sinnvolle Umweltschutz-Investitionsprogramme; es gibt sicherlich eine Vielzahl landschaftspflegerischer Maßnahmen, mit denen man die Wiedereingliederung Arbeitsloser betreiben kann. Aber die Grenzen - und das haben wir versucht, in unserer Studie für den Bund Umwelt und Naturschutz zu verdeutlichen - dieser kompensatorischen Umweltpolitik sind darin zu sehen, daß man das Problem nicht an der Wurzel anfaßt, sondern daß man erst dann mit den Aufräumarbeiten beginnt, wenn das Unglück bereits geschehen ist: Eine nachträgliche Schadenskorrektur ist jedoch immer mit sehr vielen Mühen und hohen Aufwendungen verbunden; man kann sogar sagen, daß eine derartige Politik, wenn man sie ausweitet, selbst wieder energieverbrauchend und umweltbelastend wird. Es könnte sogar dahin kommen, daß wir mit dieser nachträglich kompensierenden Umweltpolitik zum Schluß mehr Schaden als Nutzen für die Umwelt erreichen.

An dieser Stelle möchte ich etwas zu unserer Interpretation einer Politik sagen, die sich die 50er Jahre zum Vorbild ihrer Wirtschaftspolitik nimmt. Herr Krupp hatte bereits darauf hingewiesen, daß wir früher höhere Produktivitätssteigerungsraten hatten; damals konnte jedoch ein riesiges Heer von Arbeitslosen, zuzüglich der Vertriebenen und der Flüchtlinge aus der DDR, in den Arbeitsprozeß integriert werden. Natürlich gab es auch Freisetzungen, die jedoch kompensiert werden konnten in neuen Beschäftigungsbereichen. Aber wie sahen diese Beschäftigungsbereiche aus? Es war nicht nur der

Dienstleistungssektor, sondern es war auch in hohem Maße die Produktion von mehr und zusätzlichen Gütern, die einherging mit einem steigenden Verbrauch nicht regenerierbarer Ressourcen und mit einer verstärkten Inanspruchnahme der Umweltmedien: Boden, Luft und Wasser. Heute bekommen wir dafür, daß wir diese Güter unter Tarif, häufig sogar zum Nulltarif bezogen haben, die Rechnung präsentiert.

Aus diesem Grund muß ein wichtiger Bestandteil einer Politik der Arbeitsbeschaffung qualitatives Wachstum sein, das systematisch hinwirkt auf eine Entkopplung von Sozialproduktwachstum und Primärenergieverbrauch durch ein Bündel von Maßnahmen, das ich angesichts der knappen Zeit nur kurz erwähnen will: Diese Maßnahmen sollen der Tendenz nach auf eine Verteuerung der Energie und eine Verbilligung von Arbeit hinwirken, und zwar u.a. durch eine zweckgebundene Energieabgabe zur Entlastung der Sozialversicherung, die so zur Senkung der bei uns ja in der Tat relativ hohen Lohnnebenkosten beiträgt. Diese im wesentlichen preisgesteuerte Energiesparpolitik knüpft an die Erkenntnis an, daß Energie in fast allen uns bekannten Formen nur begrenzt vorhanden ist und daß ihre Gewinnung wie auch ihr Einsatz in der Produktion in aller Regel mit erheblichen Umweltbelastungen einhergeht. Die relative Zurückdrängung des Energieeinsatzes bedeutet zugleich einen Mehreinsatz von (in aller Regel umweltfreundlicher) Arbeit. Soviel zum formellen, erwerbs- und staatswirtschaftlichen Sektor; Herr Krupp hat ja bereits mehr darüber gesagt.

Ich meine nun, daß dieser Sektor in verschiedener Hinsicht an seine Grenzen stößt, an Grenzen nicht nur finanzieller Art - das hat Herr Krupp schon erwähnt -, sondern auch "stofflicher" Art: Der Staat und auch die Privatwirtschaft können gerade im Bereich der sozialen Dienste bestimmte Leistungen entweder nicht mehr anbieten oder nicht in der Form, in der sie gewünscht werden, oder nicht zu vertretbaren Preisen. Nehmen Sie dieses Beispiel für viele andere: Unsere Art und Weise, mit älteren Mitbürgern umzugehen, indem wir sie in kapitalintensiven und teuren Pflegeheimen verwahren, ihnen die Selbständigkeit nehmen und ihnen im Grunde ihr Bedürfnis nach Kontakten und gelegentlicher Hilfestellung

durch eine Überversorgung praktisch "überbefriedigen". Selbsthilfegruppen, mobile soziale Dienste, wie sie z.B. in Berlin angestrebt werden, sind hier eine wichtige Alternative. Es gibt natürlich auch privatwirtschaftliche Lösungen dieses Problems, eine Lösung befindet sich gleich in der Nähe meiner Kasseler Hochschule: ein wunderschönes Seniorenheim, in dem diese ganze stützende Struktur vorhanden ist, wie beispielsweise die Bank, die Post, der Arzt, die Sauna, alles eingebunden in einem riesigen Komplex. Nur, das kostet 5000 DM pro Monat und ist damit keine gesellschaftliche, sondern allenfalls eine individuelle Lösung. Deswegen erscheint es mir wichtig, Möglichkeiten der Alimentierung, d.h. der finanziellen Unterstützung des informellen Sektors, weiter auszudehnen, z.B. durch Unterstützung von Selbsthilfegruppen, etwa mit Hilfe von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Dabei muß man jedoch darauf achten, daß es nicht zu Versuchen kommt - wie dies in Berlin der Fall zu sein scheint -, durch solche Selbsthilfegruppen schlicht Stellen einzusparen. Vielmehr sollten die damit möglichen Einsparungen dazu verwendet werden, den Umfang der sozialen Dienste auszuweiten: Probleme gibt es wahrhaftig genug.

Ich komme nun - und hoffe, es ist auch in Ihrem Interesse, daß ich so stark gekürzt habe - zu den vorläufigen Schlußfolgerungen: Wir brauchen mehr Arbeit im formellen und im informellen Sektor; eine isolierte Erfolgsstrategie - die z.B. nur einseitig an den Lohnkosten ansetzt - gibt es nicht. Eine Kombination verschiedener Maßnahmen, insbesondere unter ökologischen Gesichtspunkten, erscheint erforderlich. Die Beispiele von Arbeitsplatzneugründungen durch Lohnverzicht, etwa in den USA und Japan, sind - wir haben das schon gehört - nicht ohne weiteres auf die Bundesrepublik übertragbar und lassen auch - jedenfalls was Japan betrifft - erhebliche Zweifel an der Stabilität und der sozialen Wünschbarkeit solcher Beschäftigungsverhältnisse aufkommen. Entscheidend aber für das Scheitern der traditionellen Wachstumspolitik, die eben auch nicht zu einer vermehrten Beschäftigung führen kann, ist die Tatsache, daß Beschäftigungsausweitungen der 50er und 60er Jahre durch kostenlose bzw. nicht kostengerechte Inanspruchnahme - oder sagen wir es deutlicher, durch eine forcierte Ausbeutung von Energie, natürlichen Rohstoffen und Umweltmedien erkaufte worden sind. Wir bekommen heute die Rechnung für diese

Kurzsichtigkeit präsentiert, und wir sind sowohl in "stofflicher" als auch in finanzieller Hinsicht kaum mehr in der Lage, sie zu begleichen. Eine forcierte Wachstumspolitik würde uns nur in die nächste Umweltkrise führen, verbunden mit einer noch größeren Wachstums- und Beschäftigungskrise. An die Stelle heftig schwankender quantitativer Wachstumsraten bei hoher Energieintensität muß eine Politik des qualitativen Wachstums treten. Eine solche Politik basiert auf geringen quantitativen Wachstumsraten und benötigt daher eine gleichzeitige Neuverteilung der Arbeit durch Formen möglichst kostenneutraler Arbeitsumverteilung und Arbeitszeitverkürzung. Solidarität mit unseren Mitmenschen und Frieden mit der Natur sind die beiden Wegmarken dieser Neuorientierung. Ich weiß, daß das, was ich hier vorgetragen habe, kein "Wunderrezept" ist, wie es manche Neoliberalen zu haben glauben, wenn sie uns sagen, wir müßten die Löhne nur weit genug senken, um Vollbeschäftigung zu erzielen. Aber ich glaube, ich habe doch "Wegmarken" aufgezeigt für einen schwierigen und langwierigen Weg, von dem ich aber meine, daß wir ihn alle gemeinsam beschreiten sollten.